

Spenden für "Verhütungsmuseum": "Ein falsches Signal"

Lebensschutzbeauftragte der Erzdiözese Wien, Stephanie Merckens, fordert stattdessen Unterstützung von Maßnahmen für Frauen in Not

Wien, 16.12.07 (KAP) Als "skandalös" hat die Lebensschutzbeauftragte der Erzdiözese Wien, Stephanie Merckens, die jüngste Entscheidung von Kulturministerin Claudia Schmied bezeichnet, wonach Zuwendungen an das sogenannte "Museum für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch" steuerlich absetzbar sind. "Damit wird ein völlig falsches Signal gesetzt. Statt Frauen zu helfen, den Schritt zur Abtreibung erst gar nicht gehen zu müssen, wird abtreibenden Ärzten geholfen, ihre Finanzen aufzupolieren", stellte Stephanie Merckens fest. Das "Museum für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch" wurde von dem Arzt Christian Fiala gegründet, der über seine Firma "Gynmed" in Wien und Salzburg Abtreibungen durchführt bzw. durchführen lässt.

"Es ist traurig, dass ein Vorhaben wie das 'Museum' von Christian Fiala gefördert wird, während man für Frauen nichts tut, die durch ihre Schwangerschaft in eine Konfliktsituation geraten", sagte die Lebensschutzbeauftragte. Seit Jahren werde die Unterstützung von Beratungsstellen, die bessere Bewerbung von Beratungs- und Hilfsangeboten und rasche finanzielle Unterstützung für Schwangere in Konfliktsituationen gefordert, damit der oft ungewollte Schritt zur Abtreibung erst gar nicht gegangen werden muss.

Eine im Auftrag des Katholischen Familienverbands und der "Aktion Leben" durchgeführte IMAS-Umfrage zur ärztlichen Beratungspflicht habe die Forderung nach mehr Aufklärung über Beratungs- und Hilfsangebote mit überwiegender Mehrheit (69 Prozent) bestätigt, erinnerte Stephanie Merckens. Auch die Ergebnisse der ÖVP-Perspektivengruppe machen klar, dass die Menschen mehr Einsatz für Schwangere in Konfliktsituationen wünschen. Die Vorgänge um das sogenannte "Museum für Verhütung und

Schwangerschaftsabbruch" zeigten, dass Frauen in Not allein gelassen werden. Wörtlich meinte Stephanie Merckens: "Frauen, die mit einer ungeplanten Schwangerschaft konfrontiert sind, müssen oft Probleme lösen, die eigentlich andere mit ihrer Situation haben - der Partner, der Arbeitgeber, die Eltern. Diesen Frauen in ihrer Konfliktlage die Abtreibung als 'Lösung' anzubieten, ist keine Hilfestellung. Das ist zynisch".

Auf der Website

Als erster hatte Primarius Johannes Bonelli, Leiter des kirchennahen "Imabe"-Instituts, darauf aufmerksam gemacht, dass auf der Website des sogenannten "Museums für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch" seit 14. Dezember zu lesen ist, dass dieses "Museum" per 16. November 2007 vom Kulturministerium in die Liste der Institutionen aufgenommen wurde, an die Spenden steuerlich gemäß Paragraph 4 Absatz 4 Ziffer 6 litera b des Einkommensteuergesetzes 1988 absetzbar sind. Bonelli stellte in einem Brief an die Ministerin fest, dass diese Verfügung kaum durch das Gesetz gedeckt sei. Das sogenannte "Museum für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch" habe "weder etwas mit Kunst noch mit Wissenschaft zu tun". Das "Museum" stelle örtlich und de facto einen Teil der auf Gewinn ausgerichteten Firma "Gynmed" (Ambulatorium für Schwangerschaftsabbruch und Familienplanung) am Mariahilfer Gürtel dar. Es werde betrieben und sei gegründet durch den Arzt Christian Fiala, der auch die Firma "Gynmed" betreibt. Im Wiener Gemeinderat habe es großen Widerstand gegen die Eröffnung des Museums gegeben.

Die Maßnahme des Ministeriums sei kaum die richtige Antwort auf die Bitte Papst Benedikts XVI. bei seinem Besuch in Wien: "Ich

appelliere an die politisch Verantwortlichen, nicht zuzulassen, dass Kinder zu einem Krankheitsfall gemacht werden und dass die in Ihrer Rechtsordnung festgelegte Qualifizierung der Abtreibung als ein Unrecht faktisch aufgehoben wird".

In Österreich seien derzeit nicht einmal Spenden für Entwicklungshilfe und Notleidende steuerabzugsfähig, erinnerte Bonelli. Es wäre ein "Skandal", dass dagegen Aktivitäten wie das sogenannte "Abtreibungsmuseum" vom Staat steuerlich privilegiert werden.

(0580,0581)